

# Serbien-Montenegro

## Zur Situation der AlbanerInnen im Presevo-Tal

Rainer Mattern

Weyermannsstrasse 10  
Postfach 8154  
CH-3001 Bern

Für Paketpost:  
Weyermannsstrasse 10  
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75  
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch  
www.osar.ch

PC-Konto  
30-16741-4  
Spendenkonto  
PC 30-1085-7

Mai 2005

## **Impressum**

**HERAUSGEBERIN**

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH  
Postfach 8154, 3001 Bern  
Tel. 031 / 370 75 75  
Fax 031 / 370 75 00  
E-Mail: INFO@ osar.ch  
Internet: www.osar.ch  
PC-Konto: 30-1085-7

**AUTOR**

Rainer Mattern


**SPRACHVERSIONEN**

deutsch, französisch

**PREIS**

Fr. 20.-- inkl. 2,4 Prozent MWSt., zuzgl. Versandkosten

**COPYRIGHT**

© 2005  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern  
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

## Inhaltsverzeichnis

|          |  |           |
|----------|--|-----------|
| <b>1</b> | <b>Einleitung</b> .....  | <b>1</b>  |
| <b>2</b> | <b>Rückblick</b> .....   | <b>2</b>  |
| 2.1      | Konculj-Abkommen und Covic-Plan .....                              | 3         |
| 2.1.1    | Amnestie .....   | 4         |
| 2.1.2    | Wahlen .....   | 4         |
| 2.1.3    | Umsetzung des Covic-Plans .....                                    | 5         |
| 2.2      | Sicherheit und Stabilität seit Ende 2001 .....                     | 5         |
| <b>3</b> | <b>Akteure in der Region</b> .....                                 | <b>6</b>  |
| 3.1      | Parteien .....   | 6         |
| 3.1.1    | Albanische Parteien .....  | 6         |
| 3.1.2    | Serbische Parteien .....   | 8         |
| 3.2      | Albanische Nationalarmee (AKSh, engl. ANA) .....                   | 8         |
| 3.3      | Frühere UCPMB-Kommandeure .....                                    | 9         |
| 3.4      | Organisiertes Verbrechen .....                                     | 9         |
| 3.5      | Sicherheitsorgane .....  | 9         |
| 3.5.1    | Multiethnische Polizei .....                                       | 10        |
| 3.5.2    | Gendarmerie .....  | 10        |
| 3.5.3    | Armee von Serbien-Montenegro .....                                 | 11        |
| <b>4</b> | <b>Wirtschaftliche Situation</b> .....                             | <b>11</b> |
| <b>5</b> | <b>Integration der AlbanerInnen in weitere Institutionen</b> ..... | <b>13</b> |
| 5.1      | Bildung .....  | 14        |
| 5.2      | Gesundheit .....   | 14        |
| <b>6</b> | <b>Zusammenfassung</b> .....                                       | <b>15</b> |

# 1 Einleitung

Bei den für Herbst 2005 vorgesehenen Verhandlungen über den endgültigen Status von Kosovo möchte die politische Elite der ethnisch-albanischen Bevölkerung im Presevo-Tal beteiligt werden, da sie ihre Situation für mit der der serbischen Bevölkerung im Norden Kosovos vergleichbar hält. Sie möchte so den Konflikt internationalisieren und die Botschaft aussenden, dass sowohl Belgrad als auch die internationale Gemeinschaft die Situation im Tal beachten müssen, wenn sie dort den Frieden aufrechterhalten und Spannungen vermeiden wollen. Doch ist die internationale Gemeinschaft nicht erkennbar bereit, die Grenzen zwischen Kosovo und Serbien zur Diskussion zu stellen. Die UNMIK (United Nations Mission in Kosovo) verweist darauf, dass die UN-Resolution 1244 sich nur auf das Territorium Kosovos beziehe und Verhandlungen nur das zum Gegenstand haben könnten, was ins Mandat der UN fällt. Die Regierung in Belgrad ist schon gar nicht daran interessiert, die Südserbien-Frage in die Statusgespräche einzubeziehen, da sie befürchtet, dass eine Beteiligung albanischer Politiker aus Südserbien nur Forderungen nach einer Vereinigung des Presevo-Tals mit Kosovo verstärken könnten.

Ungefähr 70'000 ethnische AlbanerInnen leben in den Gemeindbezirken von Presevo, Bujanovac und Medvedja.<sup>1</sup> Es handelt sich um die einzigen Gemeinden in Serbien mit einer substanziellen Zahl von ethnischen AlbanerInnen. Die Zahl der SerbInnen in dieser Region wird auf 30'000 geschätzt. Beim letzten Zensus von 2002 bildeten die AlbanerInnen in Presevo (90 Prozent) und in Bujanovac (54,5 Prozent) die Mehrheit, in Medvedja lebt nach der Flucht eines grossen Teils der albanischen Bevölkerung noch eine verglichen mit früher kleine Zahl von ethnischen AlbanerInnen.<sup>2</sup> In einer besonders klaren Minderheit sind SerbInnen in Presevo, 3'000 SerbInnen stehen 31'000 AlbanerInnen gegenüber.<sup>3</sup>

Gelegentlich gilt das Presevo-Tal als Beispiel für eine friedliche Form einer Konfliktlösung. Tatsächlich hat die serbische Seite durch Diplomatie und Verhandlung erreicht, was sie mit Gewalt nicht hätte erreichen können: Relativ sichere Grenzen, internationale Unterstützung für diese Grenzen und ein Ende des Aufstandes in der Region. Ähnlich wie in Kosovo oder in Mazedonien ist vorgesehen, dass Dezentralisationsmassnahmen einen Stabilisierungsprozess einleiten, der seinerseits eine Respektierung der Minderheitenrechte nach europäischen Standards mit sich bringen soll. Im Presevo-Tal wie in anderen Teilen Ex-Jugoslawiens stellt sich jedoch die Frage, ob das Konzept einer multiethnischen Gesellschaft funktionieren wird. Die beiden Bevölkerungsteile leben in getrennten Alltagswelten. Die albanische Bevölkerung Südserbiens navigiert zwischen der ungeliebten Eingliederung in die Strukturen Serbiens und ihren Hoffnungen auf eine Union mit Kosovo. Der momentane Friede ist brüchig und es gibt viele Elemente, die die Stabilität in Frage stellen. Die schlechten Beziehungen zwischen Pristina und Belgrad spielen dabei eine anti-integrative Rolle. Bleiben Fortschritte bei der Beteiligung des albanischen Bevölke-

<sup>1</sup> ICG, Southern Serbia's Fragile Peace, 9.12.2003, S. 3. Andere Quellen nennen die Zahl von 100 000 AlbanerInnen, zum Beispiel Humanitarian Law Center, Albanians in Serbia, Presevo, Bujanovac and Medvedja, 2003, S. 5, ebenso UK Home Office, Oktober 2004.

<sup>2</sup> ICG, S. 3, spricht von 800 AlbanerInnen, die nach Medvedja zurückgekehrt sind.

<sup>3</sup> Der Zensus im Jahr 2002 nennt die folgenden Zahlen: Presevo: 31'098 AlbanerInnen, 2'984 SerbInnen, 322 Roma; Bujanovac: 23'681 AlbanerInnen, 14'782 SerbInnen, 3'867 Roma; Medveja: 7'163 SerbInnen, 2816 AlbanerInnen und 109 Roma. Die Volkszählung erfolgte unter Mitwirkung der ethnischen AlbanerInnen, doch sind die Zahlen umstritten.

rungsteils an den politischen Strukturen Serbiens aus, werden auch die moderaten albanischen Politiker es schwer haben, die Behauptungen der albanischen Hardliner zu ignorieren, die AlbanerInnen seien von der serbischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft betrogen wurden.

Die SerbInnen im Presevo-Tal tun sich schwer damit, zu akzeptieren, dass sie in der Minderheit sind. Sie fürchten um ihre Existenz und um ihre Zukunft, die meisten haben sich um die nationalistischen Hardliner geschart. Sie sind fixiert auf die Entwicklung in Kosovo, auf hohe albanischen Geburtsraten und Terrorismus, der sie aus Südserbien vertreiben könnte. Sie fürchten eine Wiederholung der Geschichte Kosovos auch in Südserbien.

## 2 Rückblick

Das Presevo-Tal bildet schon historisch eine Handels- und Invasionsroute zwischen Westeuropa und dem östlichen Mittelmeerraum. Heute verbindet dieser Korridor Mitteleuropa mit dem Hafen von Thessaloniki über die serbische Stadt Nis und die mazedonische Hauptstadt Skopje. Es handelt sich um die serbische Hauptverbindung mit Mazedonien und Griechenland, die für Serbien von grösster strategischer Bedeutung war und bleibt. Seit dem 14. Jahrhundert bis zum Auseinanderbrechen Jugoslawiens lagen Kosovo, Südserbien und Mazedonien immer innerhalb gemeinsamen Grenzen, ob es sich um das Osmanische Reich, das Königreich Serbien oder die verschiedenen jugoslawischen Nachfolge-Staaten handelte. Viele Bewohner Südserbiens, ob AlbanerInnen oder SerbInnen haben familiäre Verbindungen nach Kosovo oder Nord-Mazedonien.<sup>4</sup>

Die aktuelle Instabilität in dieser Region lässt sich zurückverfolgen bis zu Grenzziehungen nach 1912 (erster Balkankrieg), die dazu führten, dass von da an mehr AlbanerInnen ausserhalb statt innerhalb der Grenzen des neugebildeten albanischen Staates lebten. Die serbische Besetzung Kosovos und Mazedoniens 1912 führte zur Vertreibung und Tötung ethnischer AlbanerInnen. Überlebende zogen sich in die Hügel oberhalb des Presevo-Tales zurück. 1947 wurden die Gemeinden Presevo, Bujanovac und Medvedja von Kosovo abgespalten und unter direkte Verwaltung der serbischen Republik gestellt, dafür kamen zwei überwiegend serbisch bewohnte Gemeinden, Leposavic und Zubin Potok, zum Territorium Kosovos.

Die ethnischen AlbanerInnen in Südserbien wurden während Jahrzehnten gezielt diskriminiert, insbesondere seit Milosevics Machtantritt in den späten 1980er Jahren. Auch wenn in den 1990er-Jahren AlbanerInnen die lokalen Regierungen stellten, waren sie doch weitgehend von der Ausübung kollektiver Rechte ausgeschlossen. In einem inoffiziellen Referendum im Jahr 1992 sprachen sich 95 Prozent der ethnischen AlbanerInnen im Presevo-Tal für volle Autonomie aus und äusserten den Wunsch, Teil Kosovos zu werden. Die Regierung von Slobodan Milosevic erklärte das Referendum für illegal, auch die internationale Gemeinschaft anerkannte es nicht als gültig.

---

<sup>4</sup> ICG, Southern Serbia's Fragile Peace, 9.12.2003, S.2.

Während der NATO-Angriffe 1999 zogen sich viele der serbischen Sicherheitskräfte in das Presevo-Tal zurück. Deren Präsenz steigerte rasch die Spannungen und Gegensätze zwischen albanischer Bevölkerung und Sicherheitskräften; Gewaltakte und Menschenrechtsverletzungen durch Paramilitärs, Armee und Polizei folgten. Die Muster der serbischen Übergriffe entsprachen dem Vorgehen in Kosovo. 1999 wurden allein in Presevo elf Albaner getötet. Bis März 2000 flohen über 7000 AlbanerInnen ins benachbarte Kosovo und nach Mazedonien, insgesamt haben 15'000 Personen während und nach den NATO-Bombardierungen Südserbien verlassen.

Im Laufe dieser Auseinandersetzungen entstand eine Splittergruppe der UCK, die sich die Befreiungsarmee für Presevo, Medvedja und Bujanovac (UCPMB) nannte und rasch Unterstützung des albanischen Bevölkerungsteils fand. Zwischen 700 und 1000 UCPMB-Guerilleros begannen, innerhalb der Sicherheitszone zu operieren. Aufgrund eines militärisch-technischen Abkommens vom 9. Juni 1999 (Kumanovo Abkommen) war entsprechend den NATO-Vorschlägen ein fünf Kilometer breiter Sicherheitsstreifen (Ground Security Zone, GSZ) entlang der Grenze zu Kosovo installiert worden. Serbiens Militär durfte sich nicht innerhalb dieser Zone bewegen und keine schweren Waffen installieren, nur leicht bewaffneten Polizeikräften war das Betreten der Zone gestattet. Die Kämpfe eskalierten, die Guerilla fasste in Mazedonien Fuss und nutzte die demilitarisierte Zone, um Angriffe vorzubereiten und Waffen zu schmuggeln. Die UCPMB erfreute sich somit eines de facto-Schutzes, den die NATO durch das Verbot schwerer Waffen im Sicherheitsstreifen bewirkt hatte.

Nach anderthalb Jahren bewaffneten Konflikts zwischen serbischen Sicherheitskräften und der UCPMB, in dem über 100 Personen auf albanischer und serbischer Seite ums Leben kamen, überzeugte die NATO die UCPMB-Kommandeure, die Waffen niederzulegen.

## 2.1 Konculj-Abkommen und Covic-Plan

Im Mai 2001 erzielten die serbische und die damalige jugoslawische Regierung unter Vermittlung der NATO mit den Kommandeuren der UCPMB eine Vereinbarung (**Konculj-Abkommen**). Aufgrund des Abkommens wurde ein 17 Monate dauernder Aufstand der ethnischen Albaner in Südserbien beendet und serbisches Militär durfte wieder in die Sicherheitszone zurückkehren. Die UCPMB wurde aufgelöst und demobilisiert, im Gegenzug sollten die albanischen Kämpfer amnestiert werden. Vertrauensbildende Massnahmen sollten die Situation der AlbanerInnen verbessern: Flüchtlinge sollten zurückkehren, zerstörte Häuser repariert, Lokalwahlen abgehalten, eine multiethnische Polizei formiert und die AlbanerInnen in die öffentlichen Institutionen integriert werden, von denen sie davor weitgehend ausgeschlossen waren (**soq. Covic Plan**). Die Durchsetzung des Covic-Plans sollte durch eine von der jugoslawischen Föderation und der serbischen Republik gemeinsam gebildete **Koordinationsgruppe** mit dem damaligen stellvertretenden Premierminister **Nebosja Covic** an der Spitze erfolgen. Sie war zunächst gegründet worden, um die Aufständischen zu bekämpfen. Die NATO und die OSZE fungierten dabei als Garanten. Allerdings handelte es sich um ein serbisches Gremium ohne albanische Beteiligung. Eine Teilnahme von AlbanerInnen aus Südserbien ist erst nach einem Grenzzwischenfall im Januar 2005 beschlossen worden. Gemeindevertretungen aus dem

Presevo-Tal soll nun gestattet werden, in der Koordinationsgruppe mitzuarbeiten, ohne dass der Modus der Mitarbeit bereits geklärt ist.<sup>5</sup>

Ziel des Covic-Plans war es, Spannungen in der Region abzubauen, Jahre der institutionalisierten Diskriminierung der ethnischen AlbanerInnen rückgängig zu machen, diese davon zu überzeugen, den Plan eines Ost-Kosovo aufzugeben und sie zu guten BürgerInnen Serbiens zu machen. Es wurden Änderungen des Wahlrechts und der Selbstverwaltung vorgesehen, eine adäquate Vertretung in politischen und administrativen Institutionen und ethnisch-gemischte Polizei-Patrouillen. Die OSZE sollte den Aufbau ziviler Institutionen begleiten, zudem sollte die NATO mit einer klaren Botschaft an die UCPMB, dass Grenzänderungen nicht akzeptiert würden, zur Umsetzung des Plans beitragen.

### **2.1.1 Amnestie**

Die Amnestie umfasst jugoslawische Staatsbürger, die im Zeitraum vom 1. Januar 1999 bis 31. Mai 2001 im Gebiet der Stadtgemeinden Presevo, Medvedja und Bujanovac Verbrechen gemäss Art. 125 (Terrorismus) und Art. 136 (Verschwörung zur Begehung feindlicher Aktivitäten), bzw. diese Tatbestände in Verbindung mit Art. 139 Strafgesetzbuch (qualifizierte Tatbestände) begangen haben oder dieser Taten verdächtig sind. Die Amnestie bedeutet den Verzicht auf Strafverfolgung, bereits laufende Verfahren werden eingestellt, bereits erfolgte Verurteilungen nicht vollstreckt und inhaftierte Personen entlassen. Anhaltspunkte, dass die Amnestie nicht umgesetzt wird, liegen nicht vor.<sup>6</sup>

### **2.1.2 Wahlen**

Aufgrund revidierter Regeln wurden am 28. Juli 2002 vorgezogene Gemeinderatswahlen abgehalten. Jede Gemeinde wurde als einzelner Distrikt behandelt und die Parteien erhielten Sitze entsprechend dem Ergebnis auf Gemeindeebene. Der Gemeindepräsident wurde direkt gewählt. Die neuen Regeln hatten grossen Einfluss auf das Ergebnis und wirkten sich insgesamt zugunsten der lokalen albanischen Bevölkerung aus.

Bei den Gemeindewahlen vom Juli 2002 gewann die PDD (Partei für demokratische Aktion) des Bürgermeisters von Presevo Riza Halimi, sowohl in Presevo als auch in Bujanovac, während eine serbische Koalition in Medveja siegte. Weitere Wahlen auf Gemeindeebene wurden im September 2004 abgehalten. Sie gingen zu Gunsten dreier albanischer Parteien aus, die einen so genannten Konsensrat bilden und politische Autonomie von Belgrad fordern. Verliererin der Wahl war die bis dahin grösste Partei von Halimi, die nicht mehr stärkste Kraft in der Region ist (vgl. 3.1.1.)

Bei serbischen Präsidentschaftswahlen und auch den Parlamentswahlen in den Jahren 2002 und 2003 riefen die radikalen albanischen Parteien Südserbiens zum Boykott auf. 65'000 AlbanerInnen Südserbiens weigerten sich, bei den nationalen Wahlen im Oktober 2002 zur Urne zu gehen. Ein solches Verhalten wurde von serbischer Seite als Desinteresse an einem Verbleiben in einem Staat Serbien interpretiert.

<sup>5</sup> RFE/RL, Meldung vom 7.3.2005.

<sup>6</sup> Auskunft von UNHCR Österreich vom 26.7.2002: [http://www.ecoi.net/pub/bp83\\_hcr-presh\\_0702.pdf](http://www.ecoi.net/pub/bp83_hcr-presh_0702.pdf).

Allerdings hat Serbien anders als etwa Kosovo, Slowenien oder Kroatien keine Parlamentssitze für Minderheiten reserviert und ist es der albanischen Minderheit ohnehin nicht möglich, die Fünfprozent-Hürde zu überwinden und im nationalen Parlament vertreten zu sein.

### 2.1.3 Umsetzung des Covic-Plans

Seit dem bewaffneten Konflikt sind ungefähr 10'000 der geflüchteten AlbanerInnen zurückgekehrt. In Medvedja allerdings hat sich seit dem bewaffneten Konflikt und der damit verbundenen Flucht der albanischen Bevölkerung die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung zu Lasten der AlbanerInnen verschlechtert.

Der Covic-Plan hat in bestimmten Bereichen **Verbesserungen** gebracht: **Rückkehr von Flüchtlingen, Veränderungen des Wahlrechts und Bildung der multiethnischen Polizei**. Es gibt albanische Printmedien und albanisches Fernsehen. Weitere Integrationssschritte stehen noch aus, besonders in der Gerichtsbarkeit und der Wirtschaft.<sup>7</sup> Die albanische Seite beklagt die Langsamkeit der Umsetzung und dass die albanische Bevölkerung nach wie vor unter einer desaströsen wirtschaftlichen Situation leide. Auch wenn die lokale Polizei multiethnisch geworden ist, wird sie aus albanischer Sicht doch von der serbischen Gendarmerie und der sichtbaren Armee-Präsenz (Bau einer neuen Basis) in den Schatten gestellt. Unter der albanischen Bevölkerung existiert der Eindruck, dass der Covic-Plan nicht ausreichend ist, um die versprochenen Ergebnisse zu erzielen.

## 2.2 Sicherheit und Stabilität seit Ende 2001

Ende 2001 und während des Jahres 2002 ereigneten sich zahlreiche Anschläge und Angriffe auf Mitglieder der multiethnischen Polizei, die albanischen Militanten zuzurechnen sind. Auch 2003 setzten sich Attacken gegen Mitglieder der multiethnischen Polizei fort, offenbar, um diese einzuschüchtern. Ein ethnischer Albaner, der für die serbische Sicherheit arbeitete, wurde am 4. Februar 2003 im Zentrum von Bujanovac erschossen. Es fanden weitere Zwischenfälle mit teils tödlichem Ausgang im Jahr 2003 statt. Angriffe gegen albanische Mitglieder der multiethnischen Polizei, gegen Gendarmerie, serbische Polizei und serbisches Militär sind wahrscheinlich von albanischen Militanten begangen, die sich einer Verbindung mit Serbien und der «Besetzung» des Presevo-Tals widersetzen. Hingegen war die Urhebererschaft von Bombenangriffen gegen albanische und serbische Häuser und Geschäfte nicht klar einzuordnen. Insgesamt fand sich aber bei unter der albanischen Bevölkerung von der International Crisis Group geführten Interviews im Presevo-Tal wenig Sympathie oder Unterstützung für einen bewaffneten Aufstand gegen die serbische Regierung.<sup>8</sup>

Die Tötung eines fünfzehnjährigen ethnischen Albaners, der am 7. Januar 2005 beim Überqueren der serbischen Grenze zu Mazedonien von einer serbische Grenzpatrouille getötet wurde, hat die Beziehung zwischen Belgrad und der albanischen Bevölkerung in Südserbien schlagartig verschlechtert und zu erneuten albanischen Forderungen nach einer Vereinigung mit Kosovo, zu Drohungen eines Austritts aus der lokalen Regierung, zur Bildung albanischer Parallelstrukturen, zur Demilitarisie-

<sup>7</sup> ICG, Pan-Albanianism: How big a threat to Balkan stability? 25.2.2004, S. 23.

<sup>8</sup> ICG, Pan-Albanism: How big a threat to Balkan stability? 25.4.2004, S. 23.

rung der Region bzw. zur Forderung nach einer Entsendung internationaler Truppen geführt.<sup>9</sup> In einer Gegenreaktion erhoben serbische Politiker die Forderung nach einer Auflösung der Gemeindeversammlung von Presevo. Ungefähr 20'000 AlbanerInnen nahmen an der Beerdigung des getöteten Fünfzehnjährigen teil, 10'000 versammelten sich am Tag danach, um zu protestieren. Der Zwischenfall bewies, dass die sicherheitspolitische Situation in Südserbien sehr fragil bleibt. Die OSZE hat eine detaillierte Untersuchung des Vorfalls verlangt. Die Proteste sind nicht ohne Auswirkung geblieben. Die serbische Seite ist nun zur seit langem diskutierten albanischen Beteiligung an der Covic-Koordinationsgruppe bereit.<sup>10</sup>

## 3 Akteure in der Region

### 3.1 Parteien

#### 3.1.1 Albanische Parteien

Die ethnisch-albanischen Politiker im Presevo-Tal sind überwiegend in dem Sinn moderat, dass sie Gewalt verurteilen und auf wirtschaftliche Entwicklung und bessere Integration der AlbanerInnen in den staatlichen Institutionen hoffen. Auch wenn sie scharfe Kritik an der fehlenden Berücksichtigung der AlbanerInnen in Polizei, Justiz und anderen staatlichen Organen üben, sind sie zur Mitarbeit im Rahmen des Covic-Plans bereit. Dass sie sich weigern, sich an nationalen Wahlen zu beteiligen, steht dazu nicht unbedingt im Widerspruch. Die albanische Seite engagiert sich in den lokalen Institutionen, also dort, wo sie tatsächlich Macht ausüben kann.

Die moderaten Parteien zweifeln auch an der Realisierung einer Vereinigung mit Kosovo ohne internationale Unterstützung. Gezwungenermassen erklären sie, die Souveränität des serbischen Staates zu respektieren und sich für eine territoriale Autonomie zu engagieren. Demgegenüber treten die kompromisslos Militanten, vor allem die ehemaligen UCPMB-Kämpfer, für die Abtrennung von Serbien und die Vereinigung mit Kosovo ein.

Als Erfolge aus albanischer Sicht sind die Neuaufteilung der Distrikte und die Gemeindewahlen im Presevo-Tal zu sehen. Mehr AlbanerInnen sind dadurch in politischen Ämtern. Damit sind jedoch die Probleme der politischen Patronage und der Vetternwirtschaft nicht verschwunden. Eher wird die Verantwortung für derartige Aktionen nun auch den albanischen Politiker angelastet. Eine zunehmende Wahrnehmung von Korruptierbarkeit albanischer Politiker in Machtstellungen diskreditiert vor allem die Partei für demokratische Aktion PDD (darunter die Gemeindepräsidenten von Presevo und Bujanovac, Halimi und Arifi).

Die **albanischen Parteien** (in Klammer albanische Abkürzung) in Südserbien und ihre **führenden Exponenten** sind:

<sup>9</sup> IWPR, Albanian Death fuels Presevo Secession calls, 14.1.2005.

<sup>10</sup> RFE/RL, Meldung vom 7.3.2005.

**DPA (PDSH): Demokratische Partei der Albaner** – Ragmi Mustafa. Die Partei tritt für die Vereinigung mit Kosovo ein.

**PDP (LDP): Bewegung für Demokratischen Fortschritt** – Orhan Rexhepi, Jonuz Musliu (beide frühere UCPMB-Kämpfer). Die Partei vertritt die früheren UCPMB-Kämpfer und hat die Herauslösung des Presevo-Tals aus Serbien zum Ziel.

**DUD (BDL): Demokratische Union für das Tal** – Skender Destani. Destani gehörte früher der PDD an und kritisiert die früher grösste albanische Partei im Tal wegen Versagens in ökonomischen Fragen und wegen Ämterpatronage.

**PDD (PVD): Partei für Demokratische Aktion**, Saip Kamberi, Riza Halimi. Die Partei ist bereit, mit Belgrad zu verhandeln. Bei den Abkommen mit der serbischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft im Jahr 2001 spielte die Partei eine massgebliche Rolle.

DPA, PDP und DUD bilden die nun dominierende Koalition im Tal. Diese drei Parteien gründeten im Mai 2004 eine politische Plattform (**Konsensrat**), in der sie eine territoriale und politische Autonomie für das Presevo-Tal mit dem Recht auf Vereinigung mit Kosovo forderten. Die Gründung eines solchen Gremiums ist technisch nach dem nationalen Minderheitengesetz möglich. Verschiedentlich wird dieses Gremium als Vorstufe zu einem Nationalen Rat der albanischen Parteien in der Region gesehen, der die Stimme der AlbanerInnen gegenüber den serbischen Behörden verstärken könnte. Allerdings ist die PDD von Riza Halimi, die diesen Konsensrat für irrelevant hält, nicht in diesem Gremium vertreten.

Die albanischen Parteien in Südserbien operieren bereits als Partner/Verlängerungen ihrer grösseren Parallelparteien in Kosovo. Halimis PDD entspricht der LDK in Kosovo, die DPA steht Thaqi's PDK nahe, die Hardlinerpartei PDP der AAK von Haradinaj. Nur die kleine DUD hat sich nicht einer der kosovarischen Parteien angeschlossen, sondern stellt sich als moderate und eigenständige Option dar.<sup>11</sup>

Bei den **Gemeinderatswahlen vom September 2004** gingen die meisten Mandate an die drei Parteien, die zusammen den Konsensrat bilden. Die DPA gewann in Presevo 15 Sitze von 38, die DUD sechs und PDP fünf. Die PDD von Riza Halimi, die zuvor 19 Sitze innehatte, erhielt nur noch zwölf Sitze, ist damit nicht mehr die stärkste Kraft in der Region.<sup>12</sup> Ihre Verluste werden überwiegend darauf zurückgeführt, dass die ökonomischen Probleme im Tal nicht gelöst werden konnten. Dazu kommen Vorwürfe wegen Vetternwirtschaft und einer zu nachgiebigen Haltung gegenüber der Regierung in Belgrad.

Der Dialog mit Belgrad ist nach den Gemeinderatswahlen schwieriger geworden, die neue albanische Elite erscheint weniger kompromissbereit als die frühere.<sup>13</sup>

---

<sup>11</sup> IWPR, Kosovo union calls raise tensions, 9.12.2004.

<sup>12</sup> IWPR, a.a.O.

<sup>13</sup> IWPR, Albanian Death fuels Presevo Secession calls, 14.1.2005.

### 3.1.2 Serbische Parteien

Die serbischen Parteien verloren ihre Mehrheit in Bujanovac schon im Jahr 2002. Bei den Gemeinderatswahlen im September 2004 verloren sie erneut und haben jetzt weniger Abgeordnete als je zuvor, in Presevo einen einzigen. Der serbischen Bevölkerung fällt es vor allem in Bujanovac schwer, zu akzeptieren, dass sie in der Minderheit ist. Die meisten hängen den nationalistischen Hardlinern an.

Wichtigste lokale serbische Vertreter im Presevo-Tal sind **Stojadin Ivanovic** von der Serbischen Erneuerungsbewegung, SPO (nationalistische Partei von Vuk Draskovic) und **Nenad Manic**, Demokratische Partei, DS (frühere Partei Djindjic's, heute von Boris Tadic geleitet). Aktiv ist ebenfalls die Serbische Radikale Partei.

### 3.2 Albanische Nationalarmee (AKSh, engl. ANA)

Bei der AKSh handelt es sich um eine Organisation mit paramilitärischer Struktur, welche sich im Internet (Homepage nicht mehr aktiv) zu militärischen Guerilla-Operationen in Kosovo, Südserbien und Mazedonien bekannte. Die AKSh trat erstmals während des Konflikts zwischen ethnisch-albanischer Guerilla und Sicherheitskräften in Mazedonien im Jahr 2001 in Erscheinung. Sie sprang in eine Lücke, die durch die Auflösung der UCK in Kosovo, der UCK in Mazedonien und der UCPMB in Südserbien entstanden war. Sie beschreibt sich selbst als Kämpferin für ein Grossalbanien, ein Ziel, das die zuvor genannten Parteien aufgegeben hätten, als sie in legalen politischen Parteien aufgingen. Diese Selbstbeschreibung verärgert die albanischen Parteien und schafft der AKSh den Ruf, serbischer oder mazedonischer nationalistischer Propaganda Vorschub zu leisten und die Angst vor albanischem Expansionismus zu schüren.<sup>14</sup> Serbische Medien beschreiben die Albanische Nationalarmee AKSh auch als grosse, gut ausgebildete und koordinierte Terrortruppe mit zahlreichen Trainingscamps in Kosovo, Albanien und Mazedonien, die sich durch organisiertes Verbrechen, Drogen und Waffenhandel finanziert. Nebosja Covic wies auf Querverbindungen zum Kosovo Protection Korps (TMK/engl. KPC) hin, das in Kosovo aus früheren UCK-Mitgliedern rekrutiert wurde und vom früheren UCK-General Agim Ceku geleitet wird. Nachdem 2003 zwei Personen bei einem Sprengstoffanschlag in Kosovo durch die eigene Bombe getötet wurden, darunter ein Mitglied der TMK, und die AKSh die Verantwortung für diese Aktion übernahm, forderte Ceku nach starkem internationalen Druck, dass TMK-Mitglieder entweder sich entweder von der AKSh lösen mussten oder aber die TMK zu verlassen hätten. 70 Personen traten darauf aus der TMK aus, 16 Personen wurde die Demission nahegelegt. Die UNMIK (United Nations Mission in Kosovo) suspendierte weitere zwölf TMK-Mitglieder im Dezember 2003.

Die Grösse der Organisation ist nicht klar.<sup>15</sup> Sie scheint in der albanischen Bevölkerung wenig Rückhalt zu haben. Ein Grund für die fehlende Popularität ist die vermutete Nähe der Organisation zu organisierter Kriminalität. Im Presevo-Tal gehen ethnisch-albanische Quellen davon aus, dass die AKSh dort keine Struktur hat, sondern lose durch frühere Mitglieder der UCPMB operiert, die einzelne Aktionen in Südser-

<sup>14</sup> IWPR, ANA fails to stir passions, 25.9.2003.

<sup>15</sup> IWPR, a.a.O. schätzt, dass 200 Mann hinter der Organisation stehen.

bien ausführen.<sup>16</sup> ICG-Interviews führten zum Resultat, dass der Name AKSh wahrscheinlich von einzelnen Kommandeuren, Kämpfern oder enttäuschten Politikern als Code für lokale Konflikte verwendet wird. Allerdings erreicht die AKSH trotz ihrer organisatorischen Schwäche, dass albanische Politiker sich verstärkt einer nationalistischer Sprache bedienen, was wiederum den Raum für einen Dialog mit Belgrad einengt.

Berichte, wonach es zu Erpressungen, Drohungen und Ausübung von Druck auf AlbanerInnen durch die AKSH gekommen sei, lassen sich nach UNHCR nicht verifizieren.<sup>17</sup>

### 3.3 Frühere UCPMB-Kommandeure

Allgemein wird davon ausgegangen, dass frühere Kommandeure der UCPMB in die Attacken der Jahre 2002 und 2003 involviert waren, insbesondere der inzwischen in Kosovo verhaftete Shefqet Musliu. Das Interesse der Ex-Kommandeure an der Destabilisierung liegt in ihren politischen Niederlagen bei den Gemeinderatswahlen begründet, bei denen sie den moderaten Kandidaten unterlagen. Sie können politische Relevanz nur noch erzeugen, indem sie gewählte albanische Vertreter beschuldigen, diese hätten sich von den Serben über den Tisch ziehen lassen oder indem sie die internationale Gemeinschaft anklagen. Seit dem Ende des Aufstandes scheinen sie ausserdem ihre Einkünfte verloren zu haben.<sup>18</sup>

### 3.4 Organisiertes Verbrechen

Organisiertes Verbrechen ist auch in Südserbien ethnisch blind. Schmuggel und Drogenhandel finanzieren extremistische Aktivitäten, andererseits verdecken Instabilität und extremer Nationalismus kriminelle Profitinteressen. Die International Crisis Group kritisiert, dass weder seitens der UNMIK und KFOR oder von serbischer Seite viel geschieht, um den Schmuggel und illegalen Handel zu unterbinden.<sup>19</sup> Tatsächlich unterbleibt die Kontrolle der Grenze durch UNMIK und KFOR auf der kosovarischen Seite weitgehend. Es scheint klare Fälle einer Kooperation zwischen serbischen und albanischen Extremisten zu geben. Serbische Polizei, UNMIK und Kosovo-Zöllner schauen weg, wenn Schmuggel geschieht. Beenden die serbischen Zöllner ihren Dienst abends, nehmen die unkontrollierten Grenztransfers unter den Augen der serbischen Polizei zu. Das Fehlen einer Sicherung der Grenze zwischen Kosovo und Südserbien trägt zur fortdauernden Instabilität im Presevo-Tal bei. Solange die Gelegenheit zum Schmuggel so günstig ist, gibt es bleibende Interessen, die Region in einem instabilen Zustand zu halten.

### 3.5 Sicherheitsorgane

Sicherheit im Presevo-Tal wird durch drei Institutionen gewährleistet:

---

<sup>16</sup> ICG, Southern Serbias fragile peace, 19.12.2003; S. 6.

<sup>17</sup> UNHCR Österreich, Auskunft vom 15. April 2005.

<sup>18</sup> ICG, Southern Serbias fragile peace, 19.12.2003, S. 11.

<sup>19</sup> ICG, a.a.O.

Die **Regionalpolizei in Vranje**, die zugleich die multiethnische und uniformierte Polizei im Presevo-Tal überwacht, die **Gendarmerie** und die **Armee**. Die genaue Zahl der Sicherheitskräfte im Presevo-Tal ist nicht bekannt.<sup>20</sup>

### 3.5.1 Multiethnische Polizei

Dass sich die serbischen Ordnungshüter und die ehemaligen Guerilleros der UCPMB im Presevo-Tal gemeinsam in derselben Polizeieinheit finden würden, war zuvor kaum denkbar. Nach vielen Jahren der Absenz von solchen Aufgaben wurden albanische Polizisten in die blaue Uniform eingekleidet und nehmen an regulärer Polizeiarbeit teil. Es handelt sich nicht eigentlich um spezielle Einheiten, sondern um gewöhnliche, dem regionalen Hauptquartier in Vranje unterstellte Polizei in neuer Zusammenstellung. Sie wurde 2001 und 2002 unter der Aufsicht von OSZE ausgebildet. Das Interesse unter jungen Albanern war gross. Insgesamt sind von 430 Polizisten der multiethnischen Einheit in den drei Gemeinden 270 Albaner. Weder von serbischer, noch von albanischer Seite gibt es grundsätzliche Einwände gegen die Existenz einer multiethnischen Polizei. Die OSZE schlägt vor, sie in lokale Polizeiposten umzuwandeln.<sup>21</sup> Auch wenn das Projekt bisher erfolgreich ist, empfinden die meisten AlbanerInnen die Gendarmerie und die Polizeizentrale in Vranje als die eigentliche Polizei. Diese bleibt verantwortlich für wesentliche Sicherheitsfragen und nimmt Verhaftungen vor. Den multiethnischen Einheiten bleiben weniger bedeutende und alltägliche Aufgaben. Die meisten Vorgesetzten bei den multiethnischen Einheiten sind Serben und es gibt Klagen, dass albanische Polizisten nicht befördert werden. Allerdings sind die meisten albanischen Polizisten, darunter frühere UCPMB-Mitglieder, sehr jung.

### 3.5.2 Gendarmerie

Die Spezialkräfte des serbischen Innenministeriums (MUP) werden als Gendarmerie bezeichnet. Sie sind besser trainiert und ausgerüstet als die Armee. Ihr Verhältnis zu den AlbanerInnen in Südserbien war immer gespannt und ihnen werden auch die gravierendsten Menschenrechtsverstösse zugeschrieben. In die Gendarmerie waren mindestens 80 Mitglieder der Staatssicherheitseinheit für spezielle Operationen (Red Berets) integriert, einer Einheit, die wegen Beteiligung an der Ermordung von Premier Djindjic inzwischen aufgelöst ist.<sup>22</sup> Die Koordinationsgruppe bestreitet, dass heute noch Mitglieder der Red Berets oder anderer paramilitärischer Einheiten, die während des Kosovo-Kriegs Menschenrechtsverletzungen begangen haben, Teil der Armee, Polizei oder Gendarmerie sind. Die albanische Seite zweifelt diese Feststellung an.

Die Gendarmerie wird trotz der Existenz der multiethnischen Einheiten als die eigentliche Polizei im Tal wahrgenommen. Die albanische Bevölkerung wünscht eine Reduktion der Zahl der Armee und Spezialpolizeieinheiten zugunsten einer grösseren multiethnischen Polizei. Die lokalen Serben hingegen betrachten Gendarmerie und Armee als Schutz gegenüber «terroristischer Bedrohung» und vertrauen weniger auf die multiethnische Polizei.

<sup>20</sup> ICG, Southern Serbia's fragile peace, 19.12.2003, S. 13

<sup>21</sup> Courrier des Balkans, Sud de la Serbie: La police « multiethnique » a réussi son examen de passage, 30.3. 2004.

<sup>22</sup> ICG, Southern Serbia's fragile peace, 0.12.2003 S. 13.

### 3.5.3 Armee von Serbien-Montenegro

Mit dem Näherrücken der Gespräche über den Status von Kosovo verstärkt Belgrad seine Präsenz in der Region. Dahinter steht die Angst vor Auswirkungen der Verhandlungen über den Kosovo-Status und die Notwendigkeit, die Armee zu restrukturieren, um NATO-Standards zu entsprechen. Im Pristina-Corps (frühere 3. Armee) sind noch immer Offiziere tätig, die in Kosovo-Krieg kämpften und weiterhin einen starken Hass gegen Albaner hegen.

Das Nis- und das Pristina-Korps sollen im Rahmen einer Reorganisation neu ein gemeinsames Kommando der Streitkräfte bilden. Das bedeutet die Auflösung des Pristina-Korps. Es hat die territoriale Zone verloren, für die es zuständig war, nachdem es gezwungen war, aus Kosovo abzuziehen. Rekruten sollen durch professionelle Soldaten ersetzt werden. Die NATO kennt diese Restrukturierungspläne und sieht darin keinen Gegensatz zu den von der NATO befürworteten Bestrebungen Serbien und Montenegros, sich um die Partnerschaft für den Frieden zu bewerben.<sup>23</sup> Besonders kontrovers ist der Bau der Militärbasis zwischen Presevo und Bujanovac. Die örtliche Bevölkerung ist geteilt in der Frage, ob die Ankunft einer neuen militärischen Truppe in der Region eine Provokation (albanische Sicht) oder willkommen (serbische Sicht) ist. Die hohen Kosten für den Bau der geplanten Basis sprechen dafür, dass Belgrad in Südserbien seine militärische Präsenz langfristig stärken will. Die serbische Bevölkerung nimmt die Existenz der neuen Basis als Signal dafür, dass es in der Region für die SerbInnen eine Zukunft gibt und betrachtet sie als stabilisierenden Faktor für die eigene Sicherheit.

Seit Anfang der 1990er Jahre boykottierten die Albaner aus dem Presevo-Tal die Einberufungen in die Armee. Die meisten jungen Albaner, die rekrutiert werden sollten, verliessen das Land. Während früher Befürchtungen geäußert wurden, in Kriegsgebiete geschickt zu werden, wird von albanischer Seite heute vor allem vorgebracht, nicht in einer Armee dienen zu wollen, die Verbrechen an den AlbanerInnen Kosovos und Südserbiens begangen habe. Die ehemaligen UCPMB-Kämpfer, die ohnehin für eine Vereinigung mit Kosovo eintreten, fordern die jungen Albaner auf, nicht auf Aufgebote zum Militärdienst zu reagieren. Anfang 2003 sandte die Armee Einberufungen an 230 Albaner, die aus Medvedja geflohen waren und in Kosovo lebten. Die Koordinationsgruppe zog die Einberufungen zurück, Covic äusserte, dass keine Albaner mehr einberufen werden sollten bis zum Zeitpunkt, in dem ein Abkommen zwischen der albanischen und serbischen Führung erzielt sein würde.<sup>24</sup>

## 4 Wirtschaftliche Situation

Die Gemeinden in Südserbien sind verglichen mit den anderen serbischen Regionen ökonomisch stark unterentwickelt.<sup>25</sup> Das war auch vor dem Konflikt schon so, Presevo mit seiner überwiegend albanischen Bevölkerung war 1998 und 1999 mit einem Pro-Kopf-Einkommen von einem Fünftel des Durchschnitts die wirtschaftlich am

<sup>23</sup> IWPR, Kosovo worries behind South Serbia Army Changes, 14. Januar 2005.

<sup>24</sup> ICG, Southern Serbia's fragile peace, 0.12.2003, S. 10.

<sup>25</sup> ICG, S. 14.

schlechtesten gestellte Stadt der Republik.<sup>26</sup> Die Unzufriedenheit mit den ökonomischen Verhältnissen trägt wie kaum ein anderer Faktor zur Instabilität der Region bei.

Die Ursachen der Misere liegen in der Vergangenheit, insbesondere der Politik in der Milosevic-Ära, die ganz offen SerblInnen favorisierte, wenn es um Beschäftigung ging. Die Wirtschaftssanktionen gegen Serbien in den 1990er Jahren und das Unterbleiben einer Wirtschaftsreform trugen ebenfalls zum ökonomischen Niedergang in dieser Region bei. Während der NATO-Bombardierungen wurden viele AlbanerInnen aus Betrieben entlassen. Die sieben grössten Unternehmen sind öffentliches Eigentum, in der Regel serbisch geleitet. Die private Geschäftstätigkeit und kleine und mittlere Unternehmen – eher eine albanische Domäne wie Import- und Transport – wurden demgegenüber benachteiligt. Seit dem Fall des Milosevic Regimes im Jahr 2000 und mit dem Friedensabkommen im Jahr 2001 erwartet der albanische Bevölkerungsteil, dass sich die Dinge zum Besseren wenden würden. Diese Hoffnungen erfüllten sich bislang nicht.

Die seit vielen Jahren herrschende Diskriminierung der AlbanerInnen im öffentlichen Sektor und den staatlichen Unternehmen hat dazu geführt, dass vor allem SerblInnen dort tätig sind. Elektrizitätswerke, Post, Telekom und eine Mineralwasserfabrik in Bujanovac werden nahezu ausschliesslich von serbischer Seite betrieben, selbst in Presevo, wo die AlbanerInnen mehr als 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen, halten die SerblInnen die Mehrheit der Stellen im öffentlichen Dienst und den öffentlichen Unternehmen inne. Das hat die meisten AlbanerInnen gezwungen, auf andere Weise zu überleben. Teile der Familien arbeiten im Ausland und ihre Überweisungen bilden einen wesentlichen Teil der Familienbudgets. Die Auswanderung ist heute schwieriger geworden, weil Visas der mitteleuropäischen Staaten selten erteilt werden, so dass sich Unzufriedenheit, die sich früher in Emigrationen niedergeschlagen hat, jederzeit aufstauen kann. Die Schaffung neuer Arbeitsstellen in dieser Region ist in kritischem Zustand wie die ökonomische Entwicklung insgesamt. Interethnische Auseinandersetzungen über öffentliche Positionen, aber über die Gründung privater Unternehmen haben sich verschärft. Einem ethnisch-albanischen Geschäftsmann, der in Vladicin Han eine kleine Fabrik für Baumaterialien eröffnen wollte, wurde die Zustimmung zum Erwerb des Grundstücks seitens der für Privatisierungen zuständigen Institution verweigert. Einzig vorstellbares Motiv ist die ethnische Zugehörigkeit des Antragstellers. Der Gemeinderat äusserte Befürchtungen für eine «Albanisierung» der Ortschaft (die Ortschaft ist überwiegend serbisch bewohnt).

Die Arbeitslosigkeit ist in allen drei Gemeinden hoch, zum Beispiel in Bujanovac unter der albanischen Bevölkerung bei geschätzten 70 Prozent.<sup>27</sup> Von 40'000 Personen im gesamten Gemeindebezirk Presevo haben nur 2500 reguläre Arbeit.<sup>28</sup> Die grösste Herausforderung liegt in der Beschäftigung der jungen, arbeitslosen albanischen Bevölkerung, darunter 2000 früheren UCPMB-Kämpfern. Sie bilden ein Potential für politische Gewalt, die sich mit Kriminalität verbinden kann. Die Kämpfer waren zwar bereit, die Waffen niederzulegen, schlagen sich jedoch jetzt als Gelegenheitsarbeiter oder Arbeitslose durch.

<sup>26</sup> HLC: 370 US\$ verglichen mit 1700 US\$ für Serbien als ganzes, S. 93

<sup>27</sup> ICG, Southern Serbia's fragile peace, 0.12.2003, S. 15.

<sup>28</sup> IWPR, Kosovo Union Calls Raise Tensions, 9.12. 2004.

In der Vergangenheit lebten viele von der Landwirtschaft, die jedoch auch im Niedergang begriffen ist. Landwirte bauten traditionell Tabak an, doch sind die Preise für Tabak gefallen. Traditionelles Kunsthandwerk findet keinen Absatz mehr auf dem Massenmarkt.<sup>29</sup>

Der chronische Mangel an freien Stellen betrifft besonders die Frauen, ob albanisch oder serbisch, auch sehr gut ausgebildete Frauen haben gewöhnlich allenfalls im Gesundheitswesen und in der Erziehung eine Chance, eine Stelle zu finden. Doch werden ihnen auch dort Männer vorgezogen. So bewarb sich eine in Kosovo ausgebildete Zahnärztin gleichzeitig wie ihr Mann beim Gesundheitszentrum in Presevo: Der Mann erhielt die Stelle, erst nach Protesten liessen sich die Offiziellen überzeugen, der Frau die Stelle zu geben.<sup>30</sup>

Solange die Instabilität in der Region fortbesteht, wird dort kein privates Kapital investiert werden. Und umgekehrt: Solange die Wirtschaft keine neuen Arbeitsstellen zur Verfügung stellen kann oder keine Stellenlosen Arbeit im Ausland finden können, werden soziale Spannungen zu neuen Konflikten führen.

## 5 Integration der AlbanerInnen in weitere Institutionen

Bis heute ist es ausserhalb der politischen Gremien nicht gelungen, AlbanerInnen öffentliche Aufgaben entsprechend ihrer numerischen Stärke in die Hand nehmen zu lassen. Wohl konnten sie auch in der Vergangenheit schon in Gemeinderäten mitwirken oder den Bürgermeister stellen, doch hat ein System positiver Diskriminierung SerblInnen favorisiert. In Bujanovac und Medvedja, wo vor dem gewaltsamen Konflikt der Jahre 2000 und 2001 die AlbanerInnen 60 bzw. 30 Prozent der Gesamtbevölkerung bildeten, blieb die albanische Beteiligung an der lokalen Regierung minimal. Besonders in den Verwaltungsbehörden, Gerichten, Staatsanwaltschaften und in der Polizei ist es noch heute so. Die meisten Positionen bleiben serbisch besetzt. Die 2002 von der OSCE organisierten Lokalwahlen waren der erste Schritt in Richtung einer verstärkten albanischer Beteiligung am öffentlichen und politischen Leben.

Während auch albanische Politiker im Presevo-Tal anerkennen, dass seither die Integration von AlbanerInnen in Polizei, Gemeindeversammlungen und Gemeinderierungen weitgehend erfolgreich war, vollzieht sich die Mitwirkung in anderen Institutionen, besonders in der Justiz, äusserst langsam. So wurden bislang kaum albanische Richter und Staatsanwälte rekrutiert, die über die nötige Berufserfahrung verfügen. Zur Ausbildung gehören Praktika und weitere berufliche Erfahrung, welche wenige albanische Studenten mitbringen. Einer von sechs Richtern in Presevo ist Albaner. Es fehlt zudem an Albanisch-ÜbersetzerInnen.<sup>31</sup>

Unter dem serbischen Gesetz über den offiziellen Gebrauch von Sprache und Schrift aus dem Jahr 1991 waren die serbische Sprache und die kyrillische Schrift amtlich

<sup>29</sup> IWPR, Rebel Village feels cheated by Peace Deal, 9.12. 2004.

<sup>30</sup> IWPR, Women across ethnic divide angered by lowly status, 9.12.2004.

<sup>31</sup> ICG, Southern Serbia's fragile peace, 0.12.2003, S. 20.

vorgeschrieben, doch konnten die Gemeinden den Gebrauch von Minderheitssprachen auf Gemeindegebiet gestatten. Im Presevo-Tal sind heute Albanisch und Serbisch gleichermaßen in Gebrauch.

Ethnisch gemischtes Radio (zum Beispiel Radio Bujanovac mit fünf albanischen und fünf serbischen Journalisten) wird vom lokalen staatlichen Radio angeboten und soll die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung widerspiegeln. Die Zuhörer sind bislang diesem Projekt gegenüber weniger enthusiastisch als die Journalisten.<sup>32</sup> Presevos TV-Station wird vom albanischen Gemeindepräsidenten Halimi kontrolliert.

## 5.1 Bildung

Kosovo-Diplome waren bisher in Serbien nicht anerkannt. Heute ist die Anerkennung möglich, wenn die Diplome mit einem UNMIK-Stempel versehen sind.

Wie alle anderen alltäglichen Bereiche sind auch die Schulen Gegenstand der Polarisierung zwischen AlbanerInnen und SerbInnen. Vor den 1990er-Jahren umfasste der Unterrichtsplan auch albanische Geschichte und Kultur, danach nicht mehr. Ethnozentrische Lehrpläne, aggressiver Inhalt von Schulbüchern und zentralistische Entscheidungsprozesse behinderten auch in den letzten Jahren eine adäquate Unterrichtung in albanischer Sprache. Im Sommer 2003 erzielte die US-amerikanische Organisation «Community, Habitat and Finance» ein Abkommen mit dem serbischen Erziehungsministerium zum Bau der ersten multi-ethnischen und zweisprachigen Schule. Ob albanische und serbische Eltern wirklich bereit sein werden, ihre Kinder in dieselbe Schule zu schicken, ist derzeit noch offen.<sup>33</sup> Die Kinder wachsen überwiegend noch in geschlossenen, monoethnischen Milieus auf und besuchen nicht dieselben Schulen. Der Unterricht kann auf albanisch gehalten werden, jedoch finden sich in Geschichtsbüchern serbisch-nationalistische Töne. Eine Revision des Unterrichtsmaterials steht noch aus.<sup>34</sup>

60 albanische Studenten haben Stipendien für ein Studium in Belgrad erhalten. Möglichkeiten für eine höhere Schulbildung gibt es in Bujanovac, Gjilan oder Prishtina in Kosovo. Eine Hochschulbildung ist möglich in Pristina, Tetovo/Mazedonien oder Albanien.<sup>35</sup>

## 5.2 Gesundheit

Die Integration von AlbanerInnen ins südserbische Gesundheitssystem hat begonnen, wenn auch langsam. Im Presevo-Tal gibt es keine Kliniken, jedoch in Presevo und Bujanovac zwei Gesundheitszentren.<sup>36</sup> Die Zusammensetzung der dort arbeitenden Personen entspricht nicht der ethnischen Zusammensetzung in den beiden Gemeinden. Die beiden Zentren sind dem Gesundheitszentrum in Vranje administrativ unterstellt, das auch die Direktoren bestimmt. Das Bujanovac-

---

<sup>32</sup> IWPR, New Broadcasters pick away at Walls of Prejudice, 9.12.2004.

<sup>33</sup> IWPR, Mixed School causes Rumpus, 9. Dezember 2004.

<sup>34</sup> ICG, Southern Serbia's fragile peace, 0.12.2003, S.21.

<sup>35</sup> IWPR, Rebel Village feels cheated by Peace Deal, 9.12.2004.

<sup>36</sup> Humanitarian Law Centre, Albanians in Serbia, 2003, S. 96.

Gesundheitszentrum beschäftigt insgesamt 250 Personen, darunter acht albanisch Ärzte, jedoch weder weibliche Gynäkologen noch PsychiaterInnen. Das Gesundheitszentrum Presevo spiegelt die reale Bevölkerungszusammensetzung nicht wider, von 130 Angestellten sind 86 AlbanerInnen und zwei Roma (der albanische Bevölkerungsteil beträgt 90 Prozent). Die Gehälter des Gesundheitspersonals sind wie auch andernorts in Serbien niedrig.

Die Ausstattung in den Zentren ist äusserst dürftig, es fehlen Medikamente und einfachste Mittel, wie zum Beispiel Spritzen und weiteres sanitärisches Material.<sup>37</sup> Diese Gegenstände müssen meist von den Patienten selbst gekauft werden. Zudem fehlt es an Krankenwagen.<sup>38</sup>

Zur schlechten Infrastruktur im Presevo-Tal kommen die Schwächen des korrupten serbischen Gesundheitssystems hinzu. Serbien wurde von Transparency International auf Platz 106 (von 133 Ländern) auf der Korruptionsskala gesetzt. Korruption im Gesundheitsbereich Serbiens ist inzwischen zur Regel geworden.<sup>39</sup> Sie diskriminiert entlang den Einkommen und persönlichen Beziehungen, verhindert Verteilungsgerechtigkeit und führt dazu, dass weniger Abgaben in das öffentliche Gesundheitssystem fliessen. Erleichtert wird sie durch eine fehlende saubere Trennung zwischen öffentlichen und privaten Praxen.

## 6 Zusammenfassung

Im Presevo-Tal in Südserbien leben 70'000 ethnische AlbanerInnen und 30'000 ethnische SerblInnen. Besonders in Presevo bildet der serbische Bevölkerungsteil eine klare Minderheit. Der Alltag von AlbanerInnen und SerblInnen findet in weitgehend getrennten Lebenswelten statt. Jedoch sind nicht nur die ethnischen Gemeinschaften getrennt, auch die albanische politische Elite ist gespalten zwischen denen, die für die Integration in die serbischen Strukturen sind und denjenigen, die eine «Ost-Kosovo Lösung» favorisieren. Diese Frage spaltet sogar die einzelnen albanischen Parteien. Nach den Konflikten in den Jahren 2000 und 2001 ist die Mehrheit der albanischen Bevölkerung in Südserbien gegen ethnisch motivierte Gewalt und befürwortet – wenn auch widerstrebend – die Integration in serbische Strukturen, dies in der Hoffnung, eine bessere Mitwirkung in politischen und administrativen Fragen und eine verbesserte ökonomische Perspektive zu erreichen.

Deutliche Fortschritte wurden mit der Bildung neuer multiethnischer Gemeinderegierungen, gemischtethnischen Polizeikontrollen und Verbesserungen in der Sprachfrage erzielt. In anderen Bereichen sind die Resultate enttäuschend, etwa in der Frage der Bildungsreform und der Beschäftigung von AlbanerInnen in der Gerichtsbarkeit, dem Gesundheitssystem und in den Unternehmen.

Die Integration des albanischen Bevölkerungsteils in serbische Strukturen geschieht gegen den Willen der lokalen SerblInnen, die im Tal in einer Minderheitensituation

<sup>37</sup> International Federation for Human Rights, Serbia: discrimination and corruption, the flaws in the health care system, April 2005, S. 23

<sup>38</sup> Hapi Korak, Buy everything the patient doesn't have, 15. Mai 2004.

<sup>39</sup> International Federation for Human Rights, S. 24.

sind und um ihre Zukunftsperspektiven fürchten. Zugleich kann eine stärkere Berücksichtigung legitimer albanischer Interessen nur auf Kosten serbischen Einflusses geschehen. Darin liegt Zündstoff und nur der Druck der internationalen Gemeinschaft kann Belgrad dazu bringen, die versprochenen Reformen einzuhalten und die früheren UCPMB-Kommandanten zu überzeugen, dass Gewalt und eine Änderung des Status des Presevo-Tals nicht toleriert werden.

Die bisherige Nichtbeteiligung der AlbanerInnen an der von Nebojsa Covic geleiteten Koordinationsgruppe hat dazu beigetragen, dass zahlreiche Probleme ungelöst blieben. Fehlende Fortschritte haben die extremistischen Kräfte auf beiden Seiten gestärkt. Die albanischen Gemeindevertretungen werden neu in der Koordinationsgruppe mitwirken können.

Bewaffneter Konflikt steht im Presevo-Tal derzeit nicht in Aussicht, jedoch bilden die desolaten ökonomischen Verhältnisse und die hohe Arbeitslosigkeit besonders unter der albanischen Bevölkerung ein dauerndes Gefährdungspotential. Die Ängste der serbischen Bevölkerung über die mittel- und langfristige Zukunft werden bleiben.

